

## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 24.01.2003, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

### Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,  
Christine  
Herr Stadtrat Biver, Nico  
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte  
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz  
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich  
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich e.  
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela  
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.  
Marlis  
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus  
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz  
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon  
Herr Aab, Peter  
Herr Acker, Matthias  
Herr Becker, Reinhold  
Frau Brahms, Karin  
Herr Chatzievgeniou, Pandelis  
Frau Daser, Dagmar  
Frau Dinnebier, Kirsten e.  
Herr Hussein, Schaker  
Frau Lotz-Halilovic, Erika  
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,  
Heinrich  
Herr Meyer, Uwe  
Herr Dr. Musket, Ralf  
Frau Schlüter-Böhm, Julia  
Frau Schröter, Roxane  
Frau Schulze-Stampe, Ursula  
Frau Seelig, Johanna  
Frau Sell, Sonja  
Herr Severin, Ulrich  
Frau Spies, Pauli  
Frau Dr. Weinbach, Kerstin  
Frau Dersch, Christine  
Frau Gottschlich, Hannelore  
Herr Heck, Hermann  
Herr Heubel, Christian  
Frau Kaufmann, Anita  
Herr Kissel, Winfried  
Herr Lohse, Ingo  
Frau Mehnert, Ute e.  
Frau Oppermann, Anne  
Frau Pötter, Claudia

Herr Rehlich, Jürgen  
Frau Rising Hintz, Gunilla  
Frau Röhrkohl, Anni e.  
Frau Schaffner, Karin  
Herr Scherer, August  
Herr Usinger, Alexander e.  
Herr Dr. Wulff, Reimer  
Frau Dr. Baumann, Petra  
Herr Floherschütz, Rainer  
Herr Götting, Dietmar  
Herr Keller, Manfred  
Frau Lakner, Anna Katharina  
Frau Laßmann, Alev  
Herr Markus, Jürgen  
Frau Neuwohner, Elke e.  
Frau Perabo, Dr. Christa  
Herr Schäfer, Wolfram  
Frau Gottschaldt, Eva Christiane  
Frau Kolter, Astrid  
Herr Köster-Sollwedel, Henning  
Herr Metz, Peter  
Frau Richter, Anke  
Herr Faecks, Fridhelm  
Herr Schwindack, Frederic  
Herr Zaun, Herbert  
Herr Röllmann, Jan-Bernd  
Frau Schwebel, Gerlinde  
Herr Wüst, Wilfried  
Herr Dr. Huesmann, Gregor e.  
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

- 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden
- 2 Genehmigung der Niederschrift
- 3 Ergänzungen der Tagesordnung
- 4 Fragestunde
- 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr. 1 01/03)  
Vorlage: VO/1039/2003
- 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr. 2 01/03)  
Vorlage: VO/1040/2003
- 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr. 3 01/03)  
Vorlage: VO/1041/2003
- 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 4 01/03)  
Vorlage: VO/1042/2003
- 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Claudia Pötter (Nr. 5 01/03)  
Vorlage: VO/1043/2003
- 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Claudia Pötter (Nr. 6 01/03)  
Vorlage: VO/1044/2003
- 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 7 01/03)  
Vorlage: VO/1045/2003
- 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 8 01/03)  
Vorlage: VO/1046/2003
- 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 9 01/03)  
Vorlage: VO/1047/2003
- 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten August Scherer (Nr. 10 01/03)  
Vorlage: VO/1048/2003
- 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr. 11 01/03)  
Vorlage: VO/1049/2003
- 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christian Gottschaldt (Nr. 12 01/03)  
Vorlage: VO/1050/2003
- 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 13 01/03)  
Vorlage: VO/1051/2003
- 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 14 01/03)  
Vorlage: VO/1052/2003
- 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 15 01/03)  
Vorlage: VO/1053/2003
- 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severing (Nr. 16 01/03)  
Vorlage: VO/1054/2003
- 5 Wirtschaftsplan 2003 und Finanzplan der  
STADTWERKE MARBURG GMBH  
Vorlage: VO/0899/2002
- 6 Wirtschaftsplan 2003 und Finanzplan der  
Stadtwerke Marburg Verwaltung GmbH  
  
Vorlage: VO/0900/2002
- 7 Wirtschaftsplan 2003 der Stiftung St. Jakob  
Vorlage: VO/0933/2002
- 8 Genehmigung des Wirtschaftsplans 2003  
für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM)  
  
Vorlage: VO/0951/2002
- 9 Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Marburger Nordstadt und Marburger Westen  
- Prioritäten für die weitere Detailplanung  
Vorlage: VO/0923/2002
- 10 Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Stadträumliches Strukturkonzept zum Zentrum für soziale Psychiatrie in Marburg

- 11 Vorlage: VO/0843/2002  
Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Bebauungsplan Nr. 4/2, 6. Änderung 'Stresemannstraße 2' der Stadt Marburg  
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gem. § 3 (2) BauGB  
- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und gem. § 87 HBO
- 12 Vorlage: VO/0975/2002  
Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 4/4 'Stresemannstraße' der Stadt Marburg  
- Zustimmungsbeschluss
- 13 Vorlage: VO/0976/2002  
Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Flächennutzungs- und Landschaftsplanänderung Nr. 4/5 Frohnhof  
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB)  
- Zustimmungsbeschluss
- 14 Vorlage: VO/0977/2002  
Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Bebauungsplan Nr. 4/4 Fronhof  
  
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 2 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)  
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB und gemäß § 87 Hessische Bauordnung (HBO)
- 15 Vorlage: VO/1022/2002  
Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Bebauungsplan-Nr. 14/11 'Das Buchenrot' im Stadtteil Schröck  
- 3. Offenlage und aktualisierter Aufstellungsbeschluss
- 16 Vorlage: VO/0985/2002  
Gründung einer Lokalen Nahverkehrsgesellschaft Marburg GmbH
- 17 Vorlage: VO/1014/2003  
Dringlichkeitsanträge
- 17.1 Antrag der Fraktionen BfM, FDP und MBL betr. Region Mitte Hessen - Vereinsgründung
- 17.2 Vorlage: VO/1037/2003  
Bericht Korporationentreffen
- 18 Anträge der Fraktionen
- 18.1 Antrag der Fraktionen SPD und B 90/Die Grünen betr. Ganztagschulen
- 18.2 Vorlage: VO/1013/2003  
Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. SCM - Insolvenzabwendung
- 19 Vorlage: VO/1028/2003  
Kenntnisnahmen
- 19.1 Überplanmäßige Ausgabe nach § 100 HGO  
hier: Hst. 7910/9250 'Darlehen an SCM'  
Vorlage: VO/0901/2002

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17.08 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerecht Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 2002 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Die Fraktionen BfM, FDP und MBL legen einen Dringlichkeitsantrag vor betr. Region Mitte Hessen - Vereinsgründung.

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor. Mit diesem Antrag wird der Magistrat um einen Bericht gebeten. In der gestrigen Sitzung des Ältestenrates wurde vereinbart, die Vorlage in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Magistrat hat zugesichert, den Bericht unmittelbar zu erteilen.

Gegen dieses Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen. Der Stadtverordnetenvorsteher wird den Antrag als Nr. 17.1 in die Tagesordnung einfügen und entsprechend aufrufen.

Weiterhin wird gemäß Vereinbarung im Ältestenrat in die Tagesordnung eingefügt ein Bericht des Magistrats zum Thema Korporationentreffen. Hierzu existiert keine schriftliche Vorlage. Der Oberbürgermeister wird mündlich berichten.

Die Angelegenheit wird als Nr. 17.02 in die Tagesordnung eingefügt.

Die PDS/ML-Fraktion legt einen Dringlichkeitsantrag vor betr. Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses zum SCM.

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.

Die Angelegenheit wurde bereits in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates diskutiert. Die PDS/ML-Fraktion hat gem. § 55 Ziffer 2 der HGO das Recht, einen Akteneinsichtsausschuss zu fordern. Insofern ist kein formeller Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nötig.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher aus der Sitzung des Ältestenrates berichtet, wurde vereinbart, dass die Aufgabe des Akteneinsichtsausschusses dem bestehenden Haupt- und Finanzausschuss übertragen werden soll. Der Ausschuss hat unverzüglich mit der Aufnahme seiner Tätigkeit zu beginnen. Damit erübrigt sich die Einsetzung eines neu zu bildenden Ausschusses.

Gegen dieses Verfahren wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Widerspruch vorgetragen. Somit gilt es wie vorgetragen als vereinbart. Der Haupt- und Finanzausschuss wird mit der Aufgabe des Akteneinsichtsausschusses beauftragt. Eine Abstimmung über den vorgelegten Dringlichkeitsantrag der PDS/ML-Fraktion erübrigt sich daher. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Die PDS/ML-Fraktion legt einen weiteren Dringlichkeitsantrag mit dem Thema Akteneinsicht und Zugang zu den Akten der SEG und des SCM vor. Auch dieser Antrag liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus, dass dieser Dringlichkeitsantrag und der darin begehrte Beschluss nicht durchführbar ist, weil es gesetzlich nicht möglich ist, Einsicht in die Akten von Gesellschaften zu nehmen. Nach den vorliegenden Kommentierungen ist nur die Einsicht in Akten der Stadtverwaltung bzw. des Magistrats möglich.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff - CDU-Fraktion - widerspricht förmlich der Dringlichkeit des vorgelegten Antrages und begründet dies.

In der anschließenden Abstimmung über die Dringlichkeit unterstützt nur die PDS/ML-Fraktion die Dringlichkeit. Somit kann die Vorlage nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Auf den Plätzen der Stadtverordneten liegt noch eine Kenntnisnahme aus betr. Überplanmäßige Ausgabe nach § 100 HGO, hier: Hst. 7910/9250 ‚Darlehen an SCM‘.

Die Angelegenheit wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21. Januar 2003 bereits behandelt. Die Stadtverordnetenversammlung wird um Kenntnisnahme gebeten.

Der Stadtverordnetenvorsteher fügt diesen Tagesordnungspunkt als Nr. 19 TO in die Tagesordnung ein.

Weitere Ergänzungen der Tagesordnung erfolgen nicht. Somit gilt die Tagesordnung in dieser Fassung als genehmigt.

#### zu 4 **Fragestunde**

##### zu 4.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr. 1 01/03) Vorlage: VO/1039/2003**

Aus welchem Grund war die Rathausillumination auch außerhalb der Geschäftszeiten in Betrieb?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Auf Einladung des Stadtverordnetenvorstehers hat am 21. November 2002 ein Gespräch stattgefunden, zu dem alle Fraktionen und die sonstigen Beteiligten eingeladen waren.

Unter den Anwesenden wurden 3 Lösungsvorschläge erarbeitet, wobei letztendlich nach dem Vorschlag des Oberbürgermeisters verfahren worden ist. Dieser sah die Abschaltung der Rathausbeleuchtung am 22.12.2002 vor und an Samstagen und Sonntagen jeweils ab 20.00 Uhr.

Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung sollten auch unter der Einbeziehung der dann gemachten Erfahrungen beraten, welcher Weg weiter beschritten werden soll oder ob ein neuer Termin für eine weitere Diskussion erforderlich wird.

Von einem Betrieb nur innerhalb der Geschäftszeiten war nie die Rede.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Lakner - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - und Köster - PDS/ML-Fraktion - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.2      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr. 2 01/03)**  
**Vorlage: VO/1040/2003**

Wie ist die Resonanz für den seit Anfang November 2002 gestarteten N8-Express der Stadtwerke / Unicar? Wieviele Fahrgäste konnten bislang verzeichnet/befördert werden?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Die Linie des Nachtbusses wird von der Fa. Toker Uni-Car betrieben, sie ist verantwortlich für Fahrplan, Tarife und Erlöse. Die Stadtwerke stellen lediglich das Fahrzeug und übernehmen die Treibstoffkosten. Angaben zum Besetzungsgrad oder zu den Fahrgelderlösen des Busses, die Auskunft über eine erfolgreiche Einführung der Linie liefern könnten, liegen sicherlich beim Betreiber vor.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML-Fraktion - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.3      Kleine Anfrage des Stadtverordneten Schaker Hussein (Nr. 3 01/03)**  
**Vorlage: VO/1041/2003**

Wie viele Vorfälle von Lärmbelästigung/Ruhestörung (im Rahmen der städtischen Grillplätze) sind der hiesigen Ordnungsbehörde in letzter Zeit gemeldet worden? Bei wie vielen Feiern mussten Ordnungsmaßnahmen und „Auflösungen“ angewendet werden?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Im Jahr 2002 sind bei der Ordnungsbehörde keine Anzeigen über Lärmbelästigungen ausgehend von städtischen Grillplätzen eingegangen.

Ordnungsrechtliche Maßnahmen waren ebenfalls nicht erforderlich.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein - SPD-Fraktion - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 4 01/03)**  
**Vorlage: VO/1042/2003**

Wie haben sich die Kassenkredite der Jahre 1999 – 2002, Stand jeweils 30.6. und 30.11., verändert bzw. entwickelt?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Die Kassenkredite hatten folgenden Stand:

		<b>in DM</b>	<b>in EURO</b>
Juni	1999	33.000.000	16.872.632
November	1999	25.000.000	12.782.297
Juni	2000	0	0
November	2000	12.000.000	6.135.503
Juni	2001	12.000.000	6.135.503
November	2001	0	0
Juni	2002		7.900.000
November	2002		16.950.000

Im Übrigen erhalten die Vorberichte zu den Haushalten immer eine monatsweise Tabelle zum Stand der Kassenkredite des jeweiligen Vorjahres.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Acker - SPD-Fraktion - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.5** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Claudia Pötter (Nr. 5 01/03)**  
**Vorlage: VO/1043/2003**

Wie ist gewährleistet, dass alle Hundehalter in der Stadt Marburg Hundesteuer an die Stadt abführen, und wie ist geregelt, dass alle Hundebesitzer ihre Tiere anmelden?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Die Melde- und Steuerpflicht für alle Hundehalter ist in der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Universitätsstadt Marburg vom 02.12.1998 geregelt.

Danach ist jeder Hundehalter verpflichtet, seine im Stadtgebiet gehaltenen Hunde innerhalb von zwei Wochen schriftlich anzumelden und die daraufhin mit Bescheid festgesetzte Hundesteuer zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen an die Stadt zu zahlen.

Die Überwachung der Zahlungseingänge erfolgt durch die Stadtkasse. Von dort erfolgen ggf. Vollstreckungsmaßnahmen, falls die festgesetzte Hundesteuer nicht gezahlt wird.

Durch Presseinformationen werden die Hundehalter von Zeit zu Zeit immer



wieder an ihre Pflichten erinnert. Eine Gewähr, dass wirklich alle Hundehalter Ihren Verpflichtungen nachkommen, gibt es jedoch nicht. Hierzu wäre erforderlich, dass alle Haushalte im gesamten Stadtgebiet ständig durch Außendienstmitarbeiter kontrolliert würden. Die Stadt Marburg verfügt jedoch nicht über das hierfür notwendige Personal, so dass sie weitgehend auf die Ehrlichkeit und Gesetzestreue der Hundehalter angewiesen ist.

Selbstverständlich wird die Ehrlichkeit und Gesetzestreue unterstützt mit punktuellen Kontrollen und Stichproben durch den Außendienst des Ordnungsamtes. Gelegentlich erhält die Stadt auch Kenntnis von nicht versteuerten Hunden, wenn sich verärgerte Nachbarn über durch Hunde verursachte Belästigungen beschweren.

Es ist aber unvermeidlich, dass immer wieder einmal Hunde „schwarz“ gehalten werden.

In der Vergangenheit wurde deshalb auch versucht, durch den Einsatz von ABM-Kräften alle Hundehalter zu erfassen. Der Erfolg war allerdings nicht so überzeugend, dass sich eine regelmäßige Wiederholung solcher Maßnahmen aufdrängen würde.

Die bei der letzten Aktion vor einigen Jahren vom Ordnungsamt zur Kontrolle in der Kernstadeingesetzten ABM-Kräfte meldeten fast ausschließlich Hundehalter, die ihre Hunde bereits versteuert hatten.

zu **4.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Claudia Pötter (Nr. 6 01/03)**  
**Vorlage: VO/1044/2003**

Kann der Magistrat berichten, in welchen Stadtteilen keine funktionstüchtigen Sirenen vorhanden sind?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

In nachfolgend genannten Stadtteilen sind keine Sirenenempfangsanlagen vorhanden:

01. Marburg-Cappel
02. Marburg-Cyriaxweimar
03. Marburg-Dagobertshausen
04. Marburg-Ginseldorf
05. Marburg-Gisselberg
06. Marburg-Mitte

Bedingt durch die laufende bauliche Erweiterung der Schule im Stadtteil Marburg-Michelbach ist auch dort zurzeit keine Sirenenempfangsanlage vorhanden. Die auf dem ehemaligen Schulgebäude vorhandene Anlage wird nach Fertigstellung des Erweiterungsbaus der Schule wieder installiert.

Die in allen anderen Marburger Stadtteilen vorhandenen Sirenenempfangsanlagen sind in einem funktionsfähigen Zustand. Sie dienen zur Alarmierung der Stadtteilfeuerwehren. Die Alarmierung einer Stadtteilfeuerwehr ist jedoch auch über eine sogenannten „Stille Alarmierung“ möglich. Mit der „Stillen Alarmierung“ werden die Funkalarmempfänger der Feuerwehreinsatzkräfte geöffnet.

Wird im Rahmen der monatlich stattfindenden Sirenenfunktionskontrollen zur Benachrichtigung der Marburger Stadtteilfeuerwehren festgestellt, dass eine Sirenenempfangsanlage nicht funktioniert, so werden die dazu notwendigen Reparaturmaßnahmen über das Brandschutzamt eingeleitet. Hier wurde zuletzt im Stadtteil Marburg-Dilschhausen die Reparatur der Sirenenempfangsanlage erforderlich. Zurzeit wird noch überprüft, ob die im Stadtteil Marburg-Ginseldorf auf dem Dach des Bürgerhauses befindliche Sirene voll funktionsfähig ist. Da in diesem Marburger Stadtteil keine Feuerwehr besteht, findet auch keine regelmäßige Funktionskontrolle der Sirenenempfangsanlage statt.

Alle in den Marburger Stadtteilen vorhandenen Sirenenempfangsanlagen können von der Zentralen Leitstelle der Feuerwehr Marburg ausgelöst werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Rehlich - CDU-Fraktion - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.7** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 7 01/03)**  
**Vorlage: VO/1045/2003**

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, ob und wenn ja warum im Bauerbacher Kindergarten die Notfallübungen auf der Rettungsrutsche eingestellt worden sind?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Auf der Rettungsrutsche wurde ein Notfallübung nach der Inbetriebnahme durchgeführt.

Dabei wurde festgestellt, dass das Rutschen zu einer hohen Geschwindigkeit führt und die Kinder am Ende der Rutsche von einer Erzieherin aufgefangen werden mussten.

Diese hohe Geschwindigkeit stellt nach Ansicht des Erziehungspersonals eine erhöhte Gefahr für die Kinder dar.

Von daher wurden die Notfallübungen eingestellt.

Das pädagogische Personal bestätigte jedoch, dass die Rutsche im Notfall auf jeden Fall genutzt würde.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Lohse - CDU-Fraktion - wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.8** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 8 01/03)**  
**Vorlage: VO/1046/2003**

Trifft es zu, dass im neuen Bad Aquamar in der Schwimmhalle eine Raucherecke eingerichtet wurde?

Es antwortet Bürgermeister Vaupel.

Der Wunsch nach einer Raucherecke in der Schwimmhalle wurde kurz nach der

Eröffnung des neuen Bades von einigen Badegästen geäußert. Da in verschiedenen Freizeitbädern solche Bereiche eingerichtet sind, wurden auch im AquaMar 2 Tische versuchsweise hierfür reserviert. Dieser Versuch ist nach ca. 1 ½ Wochen wieder abgebrochen worden, da die Resonanz auf dieses Angebot nicht besonders groß war und es auch Proteste von Nichtrauchern gegeben hatte.

zu **4.9** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 9 01/03)**  
**Vorlage: VO/1047/2003**

Freizeitbad Aquamar

Besteht die Möglichkeit, aus Sicherheitsgründen (Erste-Hilfe-Maßnahmen) und Servicegründen (qualifizierte, kundenorientierten Aufgüssen) bereits vorhandene Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter zum Saunameister ausbilden zu lassen?

Es antwortet Bürgermeister Vaupel.

Im Rahmen einer Fortbildungsmaßnahme sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Deutschen Saunabund speziell auf die Belange von Saunaanlagen geschult werden. Allerdings ist es u. E. nicht notwendig, Saunameister ausbilden zu lassen, da genügend Fachpersonal in der Schwimmhalle zur Verfügung steht, um schnell und fachgerecht Erste Hilfe zu leisten.

zu **4.10** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten August Scherer (Nr. 10 01/03)**  
**Vorlage: VO/1048/2003**

Der Waldlehrpfad in Einhausen ist durch Traktoren und Pferde so stark durchwühlt, dass er von Fußgängern nicht mehr benutzt werden kann. Wann sieht der Magistrat vor, hier Abhilfe zu schaffen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Der Ortsbeirat Einhausen ist in dieser Angelegenheit bereits seit einiger Zeit tätig.

Die Ursachen für diesen Wegezustand liegen in einem schlechten Unterbau, der eine Befahrung durch die heute üblichen schweren landwirtschaftlichen Maschinen nicht verträgt. Eine vollständige Erneuerung dieses Waldwirtschaftsweges überschreitet bei weitem die finanziellen Möglichkeiten. Deshalb war versucht worden, Zuschüsse aus Landesmitteln für diese Maßnahme zu erhalten; dies ist aber gescheitert.

Die Anlage eines Lehrpfades **im Wald** kann jedoch auch nicht dazu führen, dass ein erhöhter Wegeausbaustandard gefordert wird. Eine gewisse Beeinträchtigung bei nassen Wetterlagen ist auch hier wie im Wald üblich hinzunehmen. Es soll jedoch versucht werden, die größten Schäden, übrigens durch land- und walwirtschaftliche Nutzung verursacht, in absehbarer Zeit zu beseitigen. In Zeiten knapper Kassen muss sich dies jedoch auf das Nötigste beschränken.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Becker - SPD-Fraktion - wird ebenfalls durch den Stadtrat beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr. 11**

**01/03)**

**Vorlage: VO/1049/2003**

Bleibt im Zuge der Verwaltungsreform der Allgemeine Soziale Dienst für Nichtdeutsche beim Sozialamt (bzw. nun Fachbereich) im bisherigen personellen Umfang bestehen?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Im genannten Bereich sind derzeit noch 3 Beschäftigte (2,64) aus dem Bereich Soziale Dienste angesiedelt. Die Selbstverpflichtung der Dezernenten im Vorwort zum Haushalt 2003 gebietet natürlich auch in diesem Bereich Einsparungsmöglichkeiten zu prüfen, zumal die Anzahl der Asylbewerber, für deren Betreuung diese Stellen ja eingerichtet wurden, rückläufig sind. Die gestellte Frage kann daher erst nach Abschluss der Prüfungen beantwortet werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster und Gottschaldt - PDS/ML-Fraktion - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christian Gottschaldt (Nr. 12 01/03)**

**Vorlage: VO/1050/2003**

Warum ist die Sitzbank am oberen Marktplatz mal da und mal nicht da, wo ist sie, wenn sie nicht da ist, und können die Marburger BürgerInnen über den Sitzbankvorhandenheitsplan und die entsprechenden Sitzbankaufstellungskriterien informiert werden?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Es gibt keine zeitlich festgelegte Planung darüber, wann die beiden Sitzbänke am oberen Marktplatz neben dem Brunnen aufzustellen sind. Sie werden üblicherweise im Frühjahr aufgestellt und vor Einbruch des Winters abgebaut, um eine Verwitterung zu vermeiden.

Darüber hinaus kommt es vor, dass die Bänke bei Veranstaltungen abgebaut werden, da die Fläche für Stände benötigt wird, wie z. B. bei 3 Tage Marburg. Hier erfolgt die Wiederaufstellung jedoch unmittelbar nach Ende der Veranstaltung.

Wenn die Sitzbänke abgebaut sind, werden sie in der Schirne des Rathauses gelagert.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt - PDS/ML-Fraktion - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.13** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 13 01/03)**

**Vorlage: VO/1051/2003**

Wie ist es aktuell im anlaufenden Haushaltsjahr um die Stellenkapazität im Sozialamt für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen bestellt, und welche Bearbeitungszeit hat auf dieser Basis ein Wohngeldantragsteller des Jahres 2003

in etwa zu erwarten?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Für die Wohngeldstelle wurde im Stellenplan 2003 eine zusätzliche Stelle geschaffen. Die Stellenbesetzungssperre ist bereits aufgehoben, so dass die interne Ausschreibung aller Voraussicht nach noch diese Woche erfolgt.

Darüber hinaus ist es gelungen, bei der Wohngeldstelle eine weitere, vom Arbeitsamt geförderte, Kraft für einen befristeten Zeitraum von max. 1 Jahr zu beschäftigen. Dieser Kollege hat am 02. Januar 2003 angefangen.

Somit sind derzeit 5 Sachbearbeiter/innen für die Berechnung von Wohngeld zuständig.

Sobald die noch vakante Stelle besetzt ist und nach der dann notwendigen Einarbeitungszeit hoffen wir, zukünftig die Bearbeitungsdauer für einen Wohngeldantrag auf max. 4 - 6 Wochen begrenzen zu können.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML-Fraktion - wird ebenfalls durch den Stadtrat beantwortet.

zu **4.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 14 01/03)**  
**Vorlage: VO/1052/2003**

Welchen tieferen Sinn hat ein Moderierungsverfahren des OB in der Frage der Rathausbeleuchtung und seine dann auch in der Öffentlichkeit vertretene Kompromissposition, dieselbe an den Wochenenden und den besinnlichen Feiertagen abzuschalten, wenn dann hernach offensichtlich anders verfahren wird (allein der Fragesteller kann zwei solcher Tage benennen)?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Die Frage zielt wohl auf die Tatsache ab, dass die Rathausbeleuchtung nicht wie angekündigt am 22.12.2002 abgeschaltet worden ist, sondern erst am 27.12.2002.

Zurückzuführen ist dies auf die fehlerhafte Programmierung der eigens vom MAK angeschafften 3 Zeitschaltuhren, mit denen die Regulierung der Beleuchtung zu den genannten Zeiten sichergestellt werden sollte.

Funktioniert hat die Abschaltung der Beleuchtung an Samstagen und Sonntagen, jeweils ab 20.00 Uhr. Nicht funktioniert hat leider aufgrund besagter Fehlprogrammierung die Abschaltung ab 22.12.2002. Dies wurde am 27.12.2002, dem ersten Werktag nach den Weihnachtsfeiertagen, jedoch korrigiert.

zu **4.15** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 15 01/03)**  
**Vorlage: VO/1053/2003**

Über welche Erkenntnisse verfügt der Magistrat in Bezug auf mögliche gesundheitliche Gefährdungen für die BewohnerInnen (erhöhtes Krebsrisiko) des Afföller?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Die Fragestellung richtet sich auf die allgemeine Situation zur Umweltbelastung und der daraus resultierenden Gesundheitsrisiken für das Wohnquartier Afföller.

In dieser Allgemeinheit können die Stadtwerke Marburg auf die Fragestellung nicht antworten.

Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die in diesem Zusammenhang wichtigen Fragestellungen in Bezug auf die Sanierung der Altlast „Altes Gaswerk.“

Im Rahmen verschiedenster Untersuchungen wurden auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerkes Marburg starke Verunreinigungen des Bodens und des oberflächennahen Grundwasserleiters durch gewerksspezifische Schadstoffe festgestellt. Aufgrund der Untersuchungsergebnisse erfolgte in 1994 die Feststellung des o. g. Geländes als Altlast.

Damit war die Sanierungserfordernis für den Standort beschieden und ein Sanierungsplan notwendig. Mit den Sanierungsarbeiten wurde im Juli 1997 begonnen und im Juni 1998 geschlossen.

Vor, während und auch nach Abschluss der Sanierungstätigkeiten am Standort gab es ein begleitendes umfangreiches Meßprogramm aus Bodenuntersuchungen, Grundwasseruntersuchungen und Luftüberwachung, das sich aber nicht nur auf das Sanierungsgelände beschränkte, sondern auch auf das Umfeld.

Im Rahmen der Grundwasserüberwachung wurde der im Abstrom des Kleingartengeländes liegende Gartenbrunnen auf dem Grundstück Brechlin hinsichtlich der Schadstofffrachten in das Untersuchungsprogramm einbezogen.

Ergebnis: In gesamten Untersuchungszeitraum waren im Gartenbrunnen Brechlin keine PAK und BTX nachweisbar.

Am 08.05.2001 wurde aus dem Gartenbrunnen des Grundstückes 52 auf dem Kleingartengelände eine Feststoff- und Wasserprobe entnommen. Schadstoffe wie PAK, BTX wurden nicht nachgewiesen.

U. a. wurde das Kleingartengelände an drei verschiedenen Standorten hinsichtlich der Außenluft analytisch überwacht. Nachdem sich zeigte, dass an den geöffneten Schadensstellen und Aushub-Zwischenlagern eine Schadstoffbelastung der Außenluft nicht gegeben war, erfolgte die Einstellung der permanenten Messungen Ende August 1997.

Dem Bescheid des Regierungspräsidiums Gießen gemäss wurden vor Beginn und nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen Oberboden-Proben aus dem Bereich 0 -15 cm vom benachbarten Kleingartengelände entnommen. Es wurden drei Gartenstandorte auf dem Kleingartengelände untersucht.

Je Standort wurden im Bereich des bestellten Bodens 10 Oberboden-Proben auf einer Fläche von etwa 10 m<sup>2</sup> entnommen und als Mischprobe analysiert.

Die gemessenen PAK-Konzentrationen bewegten sich in für städtische Lagen typischen Konzentrationsbereiche. Die Schwermetall-Konzentrationen sind

unauffällig.

Bei den festgestellten Stoffkonzentrationen ist von keiner negativen Einwirkung auf Wachstum und Nahrungskette auszugehen.

Wie bereits angeführt, bewegt sich die Grundwasserfließrichtung nahezu parallel der Lahn, d. h. es können keine Schadstoffe vom ehemaligen Gaswerksstandort in das Kleingartengelände transportiert worden sein. Eine Beeinträchtigung des Gartengeländes vom ehemaligen Gaswerksstandort her ist auszuschließen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Zaun - BfM-Fraktion - wird vom Oberbürgermeister und von Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu 4.16 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severing (Nr. 16 01/03)**  
**Vorlage: VO/1054/2003**

Wie wird sich – im Verhältnis zum verabschiedeten Haushalt 2003 – der Tarifabschluss der Gewerkschaft Verdi auf den städtischen Haushalt auswirken?

Es antwortet Oberbürgermeister Möller.

Der vom Magistrat zur 2. Lesung gemeldete Ansatz für die Personalkosten reichte aus, um neben den vorgesehenen 13,4 zusätzlichen Stellen auch eine Tarifierhöhung von 2 % abzudecken. Nachdem die angemeldeten Personalkosten um 590.000 € gekürzt und die Essenzuschüsse in Höhe von 112.000 € gestrichen wurden, fehlen gegenüber dem gemeldeten Ansatz zur 2. Lesung rd. 600.000 €, da die Essenzuschüsse für November und Dezember 2002 erst in 2003 abgerechnet werden können.

Unter Berücksichtigung der Streichung von 2 angemeldeten Stellen im Entwurf des Stellenplanes des Magistrates (je 1 Stelle bei der Ausländerbehörde und im Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes) kann davon ausgegangen werden, dass der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst das bestehende Defizit von 600.000 € nicht wesentlich verändert, so dass weiterhin 13 bis 15 Planstellen für die Dauer von 12 Monaten nicht besetzt werden dürfen, um die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Kürzung der Personalkosten aufzufangen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Becker - SPD-Fraktion - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 5 **Wirtschaftsplan 2003 und Finanzplan der**  
**STADTWERKE MARBURG GMBH**  
**Vorlage: VO/0899/2002**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker -SPD-Fraktion -. Der Stadtverordnete Rehlich - CDU-Fraktion - hat im Haupt- und Finanzausschuss zu Protokoll gegeben, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke Marburg zustimmt, jedoch den Bau einer Windkraftanlage ablehnt. Im Übrigen empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen Oberbürgermeister Möller sowie die

Stadtverordneten Heubel - CDU-Fraktion -, Köster - PDS/ML-Fraktion -, erneut Oberbürgermeister Möller, Röllmann - FDP-Fraktion -, Dr. Baumann - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - und Köster - PDS/ML-Fraktion -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Wirtschaftsplan 2003 und der fünfjährige Finanzplan für die Stadtwerke Marburg GmbH wird wie folgt beschlossen:**

**Wirtschaftsplan 2003 bestehend aus:**

- **Erfolgsplan mit einem Jahresgewinn von**
  
- **Vermögensplan mit einem Ansatz von  
davon Kreditbedarf für Neuaufnahmen von**
  
- **Kassenkredithöchstbetrag zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben  
im Wirtschaftsjahr**
  
- **Stellenübersicht mit 123,5 Angestellten und 203 Lohnempfängern**

**Finanzplan 2003 bestehend aus:**

- **Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und Deckungsmittel des Vermögensplanes  
2002 - 2006.**
  
- **Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Jahre  
2002 – 2006, die  
sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Stadt auswirken.**

zu 6

**Wirtschaftsplan 2003 und Finanzplan der  
Stadtwerke Marburg Verwaltung GmbH**

**Vorlage: VO/0900/2002**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker - SPD-Fraktion -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2003 und der fünfjährige Finanzplan für die Stadtwerke Marburg Verwaltung GmbH wird wie folgt beschlossen:

**Wirtschaftsplan 2003 bestehend aus:**

- **Erfolgsplan mit einem Jahresgewinn von**
  
- **Vermögensplan mit einem Ansatz von**

**Finanzplan 2003 bestehend aus:**



Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Deckungsmittel der Vermögenspläne 2003 und 2002 sowie Planansätze 2002 bis 2006.

zu 7 **Wirtschaftsplan 2003 der Stiftung St. Jakob**  
**Vorlage: VO/0933/2002**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage zurückgestellt bis zu seiner Februar-Sitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage ebenfalls zurück.

zu 8 **Genehmigung des Wirtschaftsplans 2003**  
**für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM)**

**Vorlage: VO/0951/2002**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker -SPD-Fraktion -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS/ML-Fraktion mit den Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

**Der Wirtschaftsplan des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM) für das Geschäftsjahr 2003 wird beschlossen.**

zu 9 **Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Marburger Nordstadt und Marburger Westen**  
**- Prioritäten für die weitere Detailplanung**  
**Vorlage: VO/0923/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss und den Umweltausschuss berichtet die Stadtverordnete Oppermann - CDU-Fraktion -. Beide Ausschüsse haben die Vorlage zur Kenntnis genommen. Aussprache wurde im Bau- und Planungsausschuss beantragt.

Im Rahmen der Beratung sprechen Bürgermeister Vaupel und die Stadtverordneten Kolter - PDS/ML-Fraktion -, Wüst - FDP-Fraktion -, Oppermann - CDU-Fraktion -, Markus - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -, Sell - SPD-Fraktion -, Schwebel - FDP-Fraktion -, Heck - CDU-Fraktion -, Becker - SPD-Fraktion - sowie Bürgermeister Vaupel und Oberbürgermeister Möller.

Während der Debatte hat von 18:46 Uhr bis 19:37 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff - CDU-Fraktion - die Sitzung geleitet.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Eine Abstimmung erfolgt nicht.

zu 10 **Bauleitplanung der Stadt Marburg;**  
**Stadträumliches Strukturkonzept zum Zentrum für soziale Psychiatrie in Marburg**

**Vorlage: VO/0843/2002**

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss und im Umweltausschuss behandelt. Beide Ausschüsse haben die Angelegenheit bis zur Februar-Sitzung zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Februar-Sitzung.

zu 11

**Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Bebauungsplan Nr. 4/2, 6. Änderung 'Stresemannstraße 2' der Stadt  
Marburg  
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen  
Auslegung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gem. § 3 (2)  
BauGB  
- Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB und gem. § 87 HBO**

**Vorlage: VO/0975/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Oppermann - CDU-Fraktion -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung hat die abgegebenen Anregungen der Bürger/innen und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des Bebauungsplanes mit folgendem Ergebnis geprüft:**

1. Die unter 1. angeführten Anregungen der Bürger/innen werden nicht berücksichtigt.
2. Die unter 2.-3. angeführten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange werden nicht berücksichtigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 4/6, 6. Änderung „Stresemannstraße 2“ der Stadt Marburg, bestehend aus Planzeichnung und textlichen Festsetzungen wird einschl. der Begründung als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.
4. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 4/2, 6. Änderung „Stresemannstraße 2“ in Marburg, werden gem. § 87 HBO als Gestaltungssatzung für den festgesetzten Geltungsbereich beschlossen.

zu 12

**Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 4/4 'Stresemannstraße' der Stadt  
Marburg  
- Zustimmungsbeschluss**

**Vorlage: VO/0976/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Oppermann - CDU-Fraktion -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Für die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 4/4 „Stresemannstraße“ der Stadt Marburg im Kenstadtbereich wird unter Bezug auf den Erläuterungsbericht der Zustimmungsbeschluss gefasst.**

- zu 13 **Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Flächennutzungs- und Landschaftsplanänderung Nr. 4/5 Fronnhof  
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen  
Auslegung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 3  
(2) Baugesetzbuch (BauGB)  
- Zustimmungsbeschluss**

**Vorlage: VO/0977/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Oppermann - CDU-Fraktion -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen eine Stimme aus der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung hat die abgegebenen Anregungen von Bürgern/innen zu der Flächennutzungs- und Landschaftsplanänderung mit folgendem Ergebnis geprüft:

1. **Die unter 1. und 2. angeführten Anregungen von Bürgern werden nicht berücksichtigt.**
2. **Für die Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Marburg Nr. 4/5, Bereich Fronhof, wird unter Bezug auf den Erläuterungsbericht der Zustimmungsbeschluss gefasst.**

- zu 14 **Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Bebauungsplan Nr. 4/4 Fronhof**

- **Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 2 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**
- **Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB und gemäß § 87 Hessische Bauordnung (HBO)**

**Vorlage: VO/1022/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Oppermann - CDU-Fraktion -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgende geänderte Beschlüsse zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung hat die abgegebenen Anregungen der

BürgerInnen und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des Bebauungsplanes mit folgendem Ergebnis geprüft und fasst folgende Beschlüsse:

1. Die unter 1., 3. und 5.-7. angeführten Anregungen der Träger öffentlicher Belange werden berücksichtigt.
2. Die unter 4., 8. und 10. angeführten Anregungen der Träger öffentlicher Belange werden teilweise berücksichtigt.
3. Die unter 2. und 9. angeführten Anregungen der Träger öffentlicher Belange werden nicht berücksichtigt.
4. Die unter 11. angeführten Anregungen der BürgerInnen werden teilweise berücksichtigt.
5. Die unter 12. und 13. angeführten Anregungen der BürgerInnen werden nicht berücksichtigt.
6. Der Bebauungsplan-Nr. 4/4 Fronhof der Stadt Marburg wird einschließlich der Begründung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.
7. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 4/4 werden gemäß § 87 HBO als Gestaltungssatzung für den festgesetzten Geltungsbereich beschlossen.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Nein-Stimme aus der CDU-Fraktion und bei einer Enthaltung aus der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Die Stadtverordnetenversammlung hat die abgegebenen Anregungen der BürgerInnen und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des Bebauungsplanes mit folgendem Ergebnis geprüft und fasst folgende Beschlüsse:**

1. **Die unter 1., 3. und 5.-7. angeführten Anregungen der Träger öffentlicher Belange werden berücksichtigt.**
2. **Die unter 4., 8. und 10. angeführten Anregungen der Träger öffentlicher Belange werden teilweise berücksichtigt.**
3. **Die unter 2. und 9. angeführten Anregungen der Träger öffentlicher Belange werden nicht berücksichtigt.**
4. **Die unter 11. angeführten Anregungen der BürgerInnen werden teilweise berücksichtigt.**
5. **Die unter 12. und 13. angeführten Anregungen der BürgerInnen werden nicht berücksichtigt.**
6. **Der Bebauungsplan-Nr. 4/4 Fronhof der Stadt Marburg wird einschließlich der Begründung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.**
7. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 4/4 werden

gemäß § 87 HBO als Gestaltungssatzung für den festgesetzten Geltungsbereich beschlossen.

zu 15 **Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Bebauungsplan-Nr. 14/11 'Das Buchenrot' im Stadtteil Schröck  
- 3. Offenlage und aktualisierter Aufstellungsbeschluss**

**Vorlage: VO/0985/2002**

Der Stadtverordnete Ludwig - MBL-Fraktion - befindet sich wegen möglicher Interessenkollision nicht im Saal.

Die Vorlage ist in einer gemeinsamen Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und des Umweltausschusses behandelt worden. Es berichtet die Stadtverordnete Oppermann - CDU-Fraktion -. Beide Ausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordnete Kolter - PDS/ML-Fraktion - und Oberbürgermeister Möller für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. Aufgrund der Reduzierung des Plangebietes wird ein aktualisierter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) gefasst.
2. Der Beschluss zur 3. Offenlage gemäß § 3 Abs. 3 BauGB wird gefasst.

zu 16 **Gründung einer Lokalen Nahverkehrsgesellschaft Marburg GmbH  
Vorlage: VO/1014/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker - SPD-Fraktion -. Im Haupt- und Finanzausschuss hat die Stadtverordnete Dr. Weinbach - SPD-Fraktion - beantragt, den Beschlusstenor wie folgt zu ändern:

„Es wird gebeten,

dem als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag zuzustimmen. Der/Die Vertreter/in der Stadt Marburg in der Gesellschafterversammlung der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft (LNG)

- hat mindestens zweimal jährlich der Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr über die Arbeit der LNG Bericht zu erstatten.
- hat der Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr die Beschlüsse der LNG zur Kenntnis zu geben.
- hat an wesentlichen Entscheidungen (mindestens betreffend § 12, 13 a, e, f, g, k, l, q) die Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zu beteiligen.“

Der Ausschuss empfiehlt dem so geänderten Antrag zuzustimmen. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Beratung sprechen der Stadtverordnete Ludwig - MBL-Fraktion -, Oberbürgermeister Möller sowie die Stadtverordneten Köster - PDS/ML-Fraktion - und Götting - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS/ML-Fraktion und einer Enthaltung aus der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Es wird gebeten,

dem als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag zuzustimmen. Der/Die Vertreter/in der Stadt Marburg in der Gesellschafterversammlung der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft (LNG)

- hat mindestens zweimal jährlich der Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr über die Arbeit der LNG Bericht zu erstatten.
- hat der Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr die Beschlüsse der LNG zur Kenntnis zu geben.
- hat an wesentlichen Entscheidungen (mindestens betreffend § 12, 13 a, e, f, g, k, l, q) die Stadtverordnetenversammlung über den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zu beteiligen.

## zu 17 **Dringlichkeitsanträge**

### zu 17.1 **Antrag der Fraktionen BfM, FDP und MBL betr. Region Mitte Hessen - Vereinsgründung** **Vorlage: VO/1037/2003**

Der Oberbürgermeister berichtet gemäß Antragstenor.

Anschließend wird Wert darauf gelegt, die Angelegenheit im Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform weiter zu beraten.

Ein Beschluss wird nicht gefasst.

### zu 17.2 **Bericht Korporationentreffen**

Der Oberbürgermeister berichtet zu dieser Angelegenheit, obwohl die Stadtverordnetenversammlung in der Dezember-Sitzung 2002 beschlossen hat, den Bericht erst im Februar vorzusehen (siehe Beschluss Dezember-Protokoll Seite 26).

In der Februar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung kann ggf. der neueste Stand ergänzend berichtet werden.

zu 18 **Anträge der Fraktionen**

zu 18.1 **Antrag der Fraktionen SPD und B 90/Die Grünen betr. Ganztagschulen**  
**Vorlage: VO/1013/2003**

Die Vorlage wurde im Schul- und Kulturausschuss behandelt. Es berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Spies - SPD-Fraktion -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, bei den Marburger Schulen zu erfragen, ob und in welchem Zeitraum einzelne von ihnen planen, sich zu Ganztagschulen zu entwickeln. Wo es dazu bereits Vorüberlegungen oder Konzepte gibt, soll auch nach dem gewünschten Zeitrahmen pro Tag, der Zielsetzung und den vorgesehenen Schritten dahin gefragt werden.**

zu 18.2 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. SCM -  
Insolvenzabwendung**  
**Vorlage: VO/1028/2003**

Der Stadtverordnete Ludwig - MBL-Fraktion - befindet sich wegen möglicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO nicht im Saal.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker - SPD-Fraktion -. Die PDS/ML-Fraktion hat im Ausschuss den Antrag gestellt, die vorliegende Vorlage dahingehend zu ändern, dass ein Verzicht auf den Rangrücktritt der Stadt Marburg für ihre neu gewährten Darlehensmittel nicht erfolgt und die quartalsmäßige Auszahlung der Mittel an die SCM-BVG erst nach Vorlage und Billigung von Zwischenberichten zum Sanierungskonzept erfolgen soll.

Dieser Änderungsantrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss hat verdeutlicht, dass die Zahlungen an die SCM-BVG durch den Haupt- und Finanzausschuss weiterhin freigegeben werden müssen. Weiterhin wurde verdeutlicht, dass die städtischen Zahlungen ab 2003 als Darlehen (jedoch mit Rangrücktritt) gewährt werden.

Die Fraktionen CDU und FDP sind dem vorliegenden Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss beigetreten.

Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Köster - PDS/ML-Fraktion -, Acker - SPD-Fraktion -, Dr. Wulff - CDU-Fraktion -, Göttling - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -, Schwebel - FDP-Fraktion - und Faecks - BfM-Fraktion -

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den Änderungsantrag der PDS/ML-Fraktion aus dem Haupt- und Finanzausschuss abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der PDS/ML-Fraktion und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der PDS/ML-Fraktion aus dem Haupt- und Finanzausschuss wird abgelehnt.

Abstimmung über die Vorlage in der Form, wie sie im Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS/ML-Fraktion mit den Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

1. Die Gesellschafterdarlehen der SEG an die Softwarecenter Marburg Besitz- und Verwaltungs-GmbH (im folgenden SCM-BVG) werden zum 31.12.2002 aus den Verbindlichkeiten der SCM-BVG gestrichen und die entsprechenden Forderungen bei der SEG ausgebucht.
2. **Die bis Ende 2002 als Liquiditätshilfen von der Stadt an die SCM-BVG gegebenen Darlehen werden nebst Zinsforderungen als uneinbringbar zum 31.12.2002 abgeschrieben und bei der SCM-BVG aus den Verbindlichkeiten gestrichen.**
3. **Für das Jahr 2003 ist ein neuer Finanzplan für die SCM-BVG aufzustellen, der die neuesten Erkenntnisse und Prognosen berücksichtigt.**
4. **Für die im Haushalt 2003 vorgesehenen neuen Darlehen der Stadt Marburg an die SCM-BVG in Höhe von 715 T € wird die Auszahlung betragsmäßig zunächst auf 620 T € begrenzt.  
Die Gelder sind zur jeweiligen Quartalsmitte auf Anforderung der SCM-BVG zu jeweils einem Viertel auszuzahlen.  
Die Stadt Marburg erklärt gleichzeitig mit diesem Beschluss den Rangrücktritt für ihre neu gewährten Darlehensmittel.**
5. **Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Ostern 2003 ein Sanierungskonzept für die SCM-BVG durch deren Mehrheitsgesellschafterin vorzulegen.  
Ziel ist es dabei, dass die Gesellschaft dauerhaft ihre Verbindlichkeiten aus eigener Kraft erfüllen kann und die Stadt von jährlichen Zahlungen, die aus ihrer Rolle als selbstschuldnerischer Bürgin entstehen, entlastet wird.**

zu 19            **Kenntnisnahmen**

zu 19.1        **Überplanmäßige Ausgabe nach § 100 HGO  
hier: Hst. 7910/9250 'Darlehen an SCM'  
Vorlage: VO/0901/2002**



Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:53 Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Spies  
stellv. Vorsitzende  
der SPD-Fraktion

Rehlich  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle